

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

in dieser zweiten Woche des Septembers sind die Haushaltsberatungen für 2023 gestartet. Als zuständiger Haushalter für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie das Sondervermögen Energie- und Klimafonds (EKF) beginnen damit besonders arbeitsintensive, aber auch spannende Zeiten für mich. Wer meine Rede vom Donnerstag gesehen hat weiß, dass ich dieses Mal mit Robert Habeck – dem Minister nicht nur für Klimaschutz, sondern auch für Wirtschaft und Energie – hart ins Gericht gehen musste.

Ein Thema, das diese Woche wieder Bedeutung erlangt hat, ist der unverantwortliche Abbruch der Sprach-Kita-Förderung durch die Ampel sowie der Verstoß der Ampel bei zukünftigen Corona-Maßnahmen. Besonders hervorzuheben ist zudem die Rede des israelischen Präsidenten Isaac Herzog im Plenum aber auch der Tod von Michail Gorbatschow sowie von Queen Elizabeth II.

Daneben hatte ich aber auch viele spannende Termine und Besuche diese Woche. In dieser Woche sind über 200 Schüler aus Osterholz und Verden meiner Einladung gefolgt und konnten sich über Politik, Bundestag und meinen Arbeitsalltag aus nächster Nähe informieren. Unter anderem hat mich zudem Matthias Maurer, unser deutscher Astronaut bei der ESA, besucht. Hierzu und den anderen Themen gleich mehr.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



Andreas Mattfeldt mit Matthias Maurer im Paul-Löbe-Haus

Matthias Maurer zu Besuch

Luft- und Raumfahrt sind nicht nur höchst interessant und etwa in Form von Film und Musik Teil unserer Popkultur, sondern durch die Entwicklung von Schlüsseltechnologien auch von besonderer Bedeutung für unsere Zukunft. Insofern kann ich sagen, dass ich die Unternehmen im diesem Bereich nicht nur aufgrund persönlicher Neigung unterstütze, sondern weil ich sie für essentiell halte.

Nachdem ich Ende August zu dem angesetzten Launch der Artemis I-Mission auf Cape Canaveral gereist bin, der leider aufgrund technischer Probleme nicht erfolgen konnte, habe ich mich besonders gefreut unseren deutschen ESA-Astronauten Matthias Maurer wiederzusehen und in meinem Büro begrüßen zu dürfen.

Aus erster Hand zu erfahren, wie es sich anfühlt in einer Rakete Richtung Weltraum zu starten oder innerhalb des begrenzten Raums der ISS

in der Schwerelosigkeit zu leben ist einfach unglaublich. In 400 km Entfernung ist man natürlich zudem vollständig abgetrennt von schneller Hilfe. So gab es einen Vorfall, bei der dünner Wolken auf die ISS zukamen und dessen Mannschaft nur durch ein neues Ausweichmanöver einen möglichen Tod in der Weite des Alls entkommen konnte. Erfahrungen, die bei den meisten sicherlich Herzrasen verursachen würden und für die man Nerven aus Stahl braucht.

Aber unsere Astronauten sind zuvorderst nicht für die persönliche Erfahrung dort oben, sondern um Daten zu sammeln, zu experimentieren und neue Technologien auszuprobieren. Im Hinblick auf zukünftige Missionen zum Mond und zum Mars entstehen dabei wertvolle Erkenntnisse. Durch die Entwicklung und Erprobung der Hochtechnologien für die Missionen erhalten wir auf der Erde zudem wichtige Erkenntnisse – auch für unseren persönlichen Alltag.



Rede zum Haushalt des BMWK

Am Donnerstag habe ich eine Rede im Plenum gehalten, in der es um den Bundeshaushalt 2023 für das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium ging.

Dieses Mal musste ich etwas deutlicher als sonst ansprechen, wo es derzeit bei der Ampel-Koalition hakt – gerade auch im Hinblick auf die sich häufenden Fehlritte unseres Wirtschaftsministers, Robert Habeck, dessen Leistungsbilanz derzeit weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Die Problematik mit der Gasumlage hätte beispielsweise deutlich einfacher über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds gelöst werden können. Und auch aus der geplanten Energiepartnerschaft mit Katar, zu der Herr Habeck der Bevölkerung Zugeständnisse versprochen hatte sind die Ergebnisse noch völlig ausgeblieben.

In Zeiten, in denen die Industrie und der deutsche Mittelstand vor den größten Herausforderungen seit dem zweiten Weltkrieg stehen und die Unternehmen und ihre Mitarbeiter durch den Ukrainekrieg, den Hemmnissen in den Lieferketten, einer rasant gestiegenen

Inflation und, nicht zu vergessen, exorbitant gestiegenen Energiepreisen Angst um ihre Existenz haben kürzt der Minister im Gegenzug noch die Mittel. So sollen für die Mittelstandspolitik ganze 56 Millionen Euro gestrichen werden, was 5 Prozent der Summe entspricht. Der Außenwirtschaft, die für den Export existenziell wichtig ist, sollen 286 Millionen Euro, also fast ein Drittel, gestrichen werden. Die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus sollen sogar fast 30 Prozent weniger erhalten, als unter unserem letzten Wirtschaftsminister, Peter Altmaier. Und auch die für unsere Region so wichtige Luft- und Raumfahrt, in der viele Menschen ihre Arbeitsstellen haben, wird beschnitten. Hier werden kurzfristig 59 Millionen Euro an Haushaltsmitteln gestrichen. In diesen unsicheren Tagen sollte gerade unser Mittelstand gestärkt werden.

Die Haushaltsberatungen wurden in dieser Woche aufgenommen und selbstverständlich werde ich mich weiterhin kämpferisch geben, um das bestmögliche Ziel für die Unternehmen und seine Mitarbeiter zu erreichen.

Wer sich das Video noch ansehen möchte, findet es über die Seite des Bundestages sowie auf meiner Homepage und Social-Media-Kanälen

THEMEN DER WOCHE

Unsichere Energieversorgung und unausgereifte Entlastungen

Die Bundesregierung hat bis heute keinen Plan für eine stabile, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung und riskiert sehenden Auges eine Wirtschaftskrise. Sie hat die Sommerpause mit Streitereien verdröhelt. Seit Sonntagmorgen liegt das neue Entlastungspaket der Bundesregierung vor. An den entscheidenden Stellen bleibt es vage und unkonkret. Die zentrale Frage der Kapazitätsausweitungen bei der Stromproduktion bleibt unbeantwortet. Die Bundesregierung trifft keine hinreichende Entscheidung zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, keine Entscheidung zum Stopp der Gasumlage und keine Klarheit bei der Dämpfung der Energiekosten. Beim Strompreis wird weder die Höhe noch der Zeitpunkt der Entlastung genannt. Wie sich die angeblichen 65 Mrd. Euro zusammensetzen, bleibt vollkommen intransparent. Statt die Kernkraftwerke zumindest vollständig am Stromnetz zu lassen, werden zwei als Reserve behalten. Das heißt, sie werden weiterhin Kosten erzeugen, aber keinen Strom erzeugen. Die dritte Kernkraftwerk soll abgeschaltet werden – Robert Habeck und das Bundesministerium wollen stattdessen Kraftwerkschiffe anschaffen, auf denen Öl verstromt wird. Weder besonders sauber noch sinnvoll. Dass Deutschland dabei als bisweilen führende Industrienation derartige Schiffe erhält, die ansonsten für Länder der Dritten Welt genutzt werden, gibt darüber hinaus kein gutes Zeichen in die Welt ab für den Wirtschaftsstandort Deutschland und unseren Energiepfad. Insgesamt sind es einfach keine ausreichenden Maßnahmen gegen Energiepreisplosion und Inflation. Auch wenn die Ampel die eine oder andere Forderung von uns – wie etwa die Energiepreispauschale für Rentner und Studenten – übernommen hat: Wir sehen deutlichen Nachbesserungsbedarf bei Entlastungen für Bürger und Mittelstand.

Gas-Umlage

Wir hatten zudem die Unverzügliche Aufhebung der Gaspreisanpassungsverordnung (Gasumlage) beantragt. Mit der Gaspreisanpassungsverordnung vom 8. August 2022 wurde die Gasumlage in Höhe von 2,419 ct/kWh eingeführt. Es handelt sich um eine Rechtsverordnung der Bundesregierung ohne Zustimmung des Bundesrates auf Grundlage von § 26 Abs. 1 Energiesicherungsgesetz. Die Zustimmung des Bundesrates ist nicht erforderlich. Allerdings kann der Bundestag gem. § 26 Abs. 4 Energiesicherungsgesetz binnen zwei Monaten die Aufhebung der Verordnung verlangen. Dies tun wir mit diesem Antrag. Die Gasumlage ist handwerklich schlecht gemacht, sie ist ungerecht und begünstigt auch profitable Unternehmen. Zudem bleibt die Bundesregierung die Veröffentlichung der Berechnungsgrundlagen für die am 15. August 2022 bekanntgegebene Höhe der Umlage weiterhin schuldig. Das widerspricht der gesetzlichen Anforderung eines „transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens“ gemäß § 26 Absatz 7 Energiesicherungsgesetz.

Kurzfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung

Seit Anfang September gilt zudem eine weitere Verordnung durch Robert Habeck, die nicht nur einen unaussprechlichen Namen trägt sondern sich in die Reihe von handwerklichen Fehlern einreicht. In diesem Fall bestehen abseits inhaltlicher Mängel deutliche Rechtsunsicherheiten bezüglich Außenbeleuchtung und beleuchten Werbeanlagen, die für private Haushalte aber vor allem gewerblich betrieblende rechtliche Konsequenzen darstellen. Statt hier aber zumindest schnell nachzubessern oder zumindest verbindliche Erläuterungen bereit zu stellen, wird letzteres an die Vollzugsbehörden der Länder beziehungsweise die Gerichte abgeschoben. Die Bürger erhalten damit keine transparenten Regeln, sondern es wird mit folglich nur Streit provoziert und einhergehend unnötige Verwaltungs- und Gerichtskosten produziert.

Zukunft der Sprach-Kitas

Ich hatte bereits zu Beginn des Sommers darüber informiert, dass die Ampel die Förderung der Sprach-Kitas beenden will. Ich habe damals als Haushalter die Förderung mit aus der Taufe gehoben. Auch deswegen hat mich die kaltschnäuzige Beendigung getroffen.

Sprache ist nicht nur der Schlüssel zur Welt, sondern auch notwendig für Verständnis und damit eine demokratische Gesellschaft. Durch Sprachfachkräfte werden daher Kinder beim Spracherwerb unterstützt. Dass die Ampel, die bei Quoten und

ähnlichen Themen Inklusion und Chancengleichheit hochhält, diese Unterstützung beendet, werde ich wahrscheinlich nie verstehen.

Auch als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Petitionsausschuss des Bundestages freut es mich daher, dass eine öffentliche Petition den Bundestag erreicht hat, die genau diese wichtige Fortführung fordert. Noch bis zum 20. September 2022, kann die Petition mitgezeichnet werden. Wenn sie bis dahin das Quorum von 50.000 Unterzeichnern erreicht, werden wir sie in einer öffentlichen Beratung des Petitionsausschusses behandeln und die Ampel muss hier Rede und Antwort stehen.

Corona

In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir das von den Ampelfraktionen eingebrachte Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19 beraten. Der Entwurf sieht Verschärfungen der Corona-Maßnahmen an mehreren Stellen vor. Aber: Viele unserer europäischen Nachbarn zeigen uns, dass ein verantwortlicher Umgang mit dem Coronavirus auch ohne Panikmache des Gesundheitsministers möglich ist. Mittlerweile hat Frankreich die Pandemie für beendet erklärt, in der Schweiz und den Niederlanden wurden bereits im Frühjahr die Maßnahmen aufgehoben. Auch Österreich und Dänemark haben sich diesem Vorgehen angeschlossen. Trotz einer mehrere Monate langen Vorbereitungszeit bleibt das von den Ministern Lauterbach und Buschmann erarbeitete Maßnahmenpaket wissenschaftlich wie auch praktisch unklar und unvollständig. Es folgt offenbar nicht dem Leitgedanken, auf besonnene Weise wieder ein möglichst hohes Maß an Normalität zu ermöglichen. Mit unserem Antrag „Gut vorbereitet für den Herbst – Pandemiemanagement verbessern“ machen wir gut begründete Gegenvorschläge. Wir kritisieren: Nach wie vor fehlt es an einer kohärenten Kommunikations-, Impf- und Teststrategie. Die Voraussetzungen für die Gesetzesanwendung durch die Bundesländer bleiben unklar. Es fehlt ein Mindestmaß an bundesweiter Orientierung. In der Folge droht eine sinkende Akzeptanz vieler Maßnahmen in der Bevölkerung.

Israelischer Präsident im Deutschen Bundestag

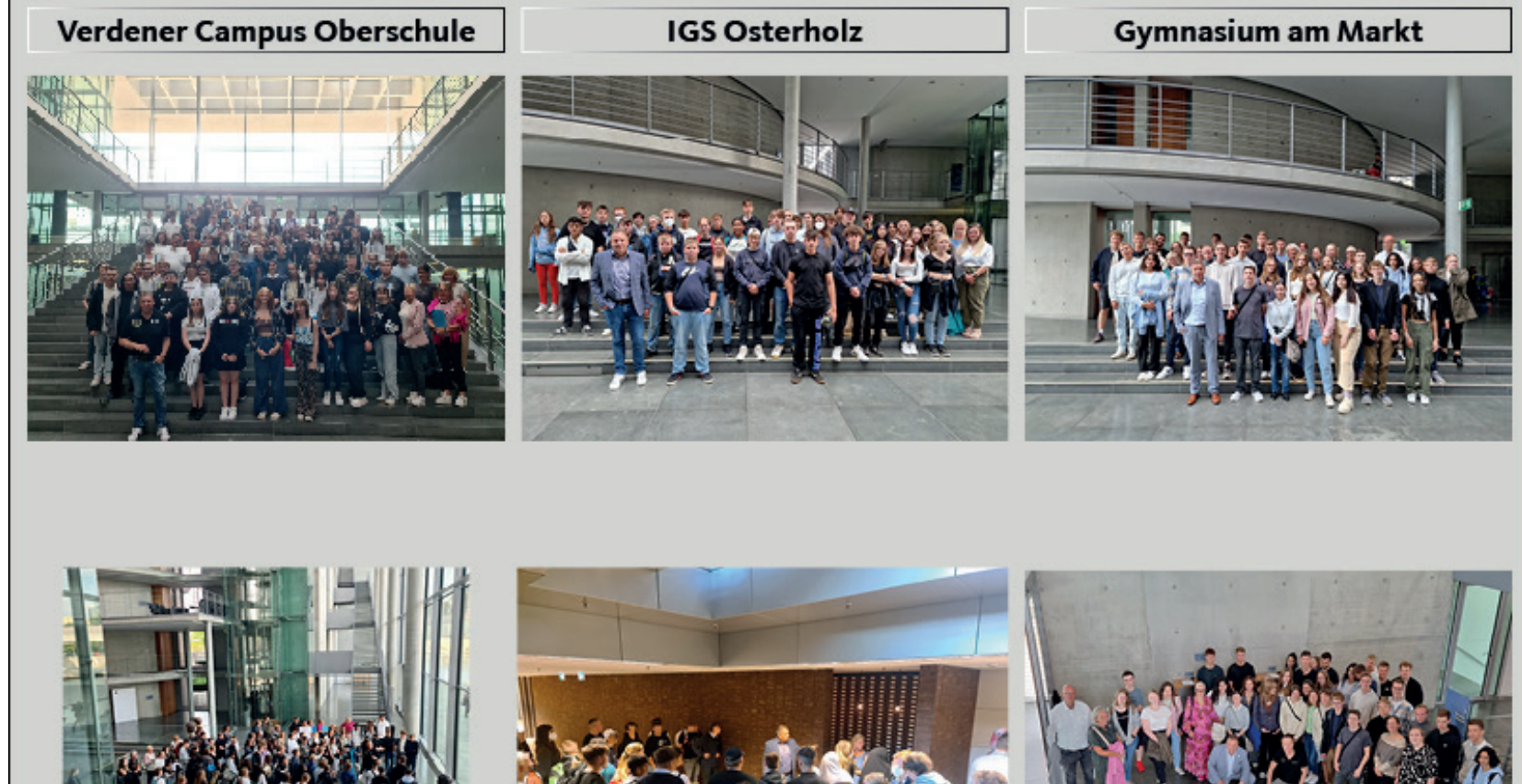
Der israelische Staatspräsident Isaac Herzog hat im Deutschen Bundestag zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus aufgerufen. In seiner Rede erinnerte Herzog an das Leid der Shoah, aus der eine Verpflichtung zu Menschlichkeit, Toleranz und Demokratie erwachse. Er würdigte die tiefe Partnerschaft, die zwischen Israel und Deutschland entstanden ist, als Beispielhaft.

Der israelische Präsident sprach von der tausendjährigen Geschichte der Juden in Deutschland, die im Grauen des Nationalsozialismus unterging. Das Gedenken an die sechs Millionen ermordeter Juden bezeichnete er als moralische Verpflichtung für Israel und Deutschland: „Nur gemeinsam können wir dem Gedenken Bedeutung verleihen.“ Für die Gegenwart bedeute dies: „Wir müssen Antisemitismus und Rassismus den Kampf ansagen.“ Die Stimmen, die Hass und Hetze verbreiten, dürften nicht hingeworfen werden, weder in den sozialen Netzwerken, noch auf der Straße, noch in den politischen Machtzentren. Der Weg, den es zu beschreiten gelte, müsse auf Frieden und Gerechtigkeit, Respekt, Toleranz und Partnerschaft ausgerichtet sein.

Herzog würdigte die Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland sei „einer der wichtigsten Anführer der freien Welt“ geworden, es sei wieder ein „Motor von Geist und Kultur“. Zu den bilateralen Beziehungen, die auf gemeinsamen Werten und einer tiefen Freundschaft beruhen, sagte Herzog: „Der Staat Israel ist stolz auf seine Partnerschaft mit Deutschland.“ Sie müsse weiter vertieft und entwickelt werden.

Herzog erinnerte auch an das fürchterliche Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972, das sich am 5. September zum 50. Mal jährt. Ein palästinensisches Terrorkommando hatte israelische Sportler als Geiseln genommen. Bei der Befreiungsaktion waren die elf israelischen Geiseln sowie ein deutscher Polizist getötet worden. Zum Jahrestag am Montag wurde in München der Opfer gedacht. Dort bat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen Amtskollegen Herzog im Namen der Bundesregierung um Vergebung. Im Bundestag dankte Herzog dem Bundespräsidenten, der deutschen Regierung und der bayerischen Landesregierung für die bewegende Zeremonie. Es sei gut, dass es kurz vor dem Jahrestag zu einer Verständigung mit den Angehörigen der Opfer über die Entschädigung gekommen sei. Durch die „Übernahme der Verantwortung“ leiste Deutschland einen Beitrag für „eine gewisse Linderung des Schmerzes der Angehörigen“.

WAHLKREIS AKTUELL



Schüler aus Osterholz und Verden zu Besuch in Berlin

In dieser Woche hat mich wieder besonders der Besuch zahlreicher Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis gefreut. Über 200 junge Leute haben mit ihren Lehrkräften das politische Berlin besucht und sich den Reichstag angeschaut. Am Montag war die Campus Oberschule Verden mit vier Schulklassen zu Gast. Am Tag darauf die IGS Osterholz mit zwei Klassen und am Donnerstag das Gymnasium am Markt in Achim mit drei Oberstufenkursen.

Ich freue mich jedes Mal, wenn ich sehe, dass sich junge Menschen für die Politik in unserem Land interessieren und werde gerne dafür, sich auch einmal selbst auf kommunaler Ebene zu engagieren, denn hier kann man wirklich etwas bewegen und viel Lebenserfahrung mitnehmen.

Mit meinen Besuchern hatte ich jeweils eine intensive Diskussionsrunde, wo wir über aktuelle Themen gesprochen haben. Gerade in dieser Zeit brennen auch den Schülern viele Fragen unter den Nägeln. Im Anschluss habe ich die Gruppen durch den Reichstag und das Paul-Löbe-Haus geführt und einige Ecken gezeigt, die ansonsten nicht öffentlich zugänglich sind.